

NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Barbarossastadt Gelnhausen
am Donnerstag, dem 9. September 2004, um 19:30 Uhr in der Mehrzweckhalle Haitz,
in der am 01. April 2001 begonnenen Legislaturperiode.

- Stadtverordnete:
- Renate Baumann
 - Ewald Desch
 - Claudia Dorn
 - Günter Engel, stlv. Stadtverordnetenvorsteher
 - Karl Franz, Stadtverordnetenvorsteher
 - Daniel Glöckner
 - Elfriede Günther
 - Peter Hähndel
 - Richard Helwig
 - Jürgen Herms
 - Peter Heublein
 - Jörg Lehnert
 - Christian Letmathe
 - Dr. David Lupton
 - Walter Nix
 - Hans-Peter Okoniewski
 - Norman Peetz
 - Brigitte Piechotta
 - Michael Reul
 - Volker Rode
 - Rotraud Schäfer
 - Walter Schindler
 - Petra Schott-Pfeifer
 - Holger Sommer
 - Karlheinz Stadler, stlv. Stadtverordnetenvorsteher
 - Thorsten Stolz
 - Hans Vetter
 - Doris-Maria Viel
 - Sigrun Weigand
 - Steffen Wirth
 - Tom Zeller
- Entschuldigt:
- Hans Adrian
 - Stefan Bechtold
 - Jürgen Eberhardt
 - Heinz Klauser
 - Monika Sanner-Jakob
 - Birgit Schättler-Kaufmann
- Magistrat:
- Bürgermeister Jürgen Michaelis
 - Erster Stadtrat Jürgen Degenhardt
 - Gerd Allwardt
 - Wolfgang Herbert
 - Karl-Heinz Hölzer
 - Beate Müller
 - Hubert Müller
 - Margot Schäfer
 - Ludwig Sinsel
 - Hans-Dietrich Ullrich
- Entschuldigt:
- Erna Beusch
 - Wolfgang Christanz
 - Dorothee Köhler
- Schriftführerin:
- Dagmar Petersein

Stadtverordnetenvorsteher Franz eröffnet um 19:37Uhr die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit der Stadtverordnetenversammlung fest.

Zur Tagesordnung:

Zu TOP 2 (Darlehen) gibt es eine aktualisierte Tischvorlage mit den Tageskonditionen.

TOP 8.1 (FDP) wird zusammen mit TOP 5 (Wohnliegenschaften) beraten.

TOP 6.1 wird von der SPD-Fraktion zurückgezogen.

TOP 9 wird von der Fraktion Bürger für Gelnhausen zurückgezogen.

Die Fraktionen der CDU, SPD, BG, Grüne und FDP stellen zusammen den Antrag, eine Erklärung zur Forstwirtschaft auf die Tagesordnung zu nehmen.

Die Abstimmung ergibt folgendes Ergebnis:
- einstimmig -

Beschluss:

Die Erklärung zur Forstwirtschaft wird TOP 10.

Stadtverordnetenvorsteher Franz weist auf die jährliche Anzeigepflicht nach § 26 a HGO hin und bittet um Rückgabe der ausgefüllten Formulare. Er erinnert auch an die Abgabe für das Jahr 2003, da einige Stadtverordnete ihre Meldung noch nicht abgegeben haben.

Die Stadtverordnetenversammlung legt eine Gedenkminute für den Verstorbenen Günther Kalbfleisch ein.

Tagesordnung

1. Bericht des Magistrates

Erster Stadtrat Degenhardt berichtet aus dem Magistrat und unterrichtet die Stadtverordnetenversammlung gem. § 50 Abs. 3 HGO von der Genehmigung und den Auflagen des Haushaltsplanes 2004. (Anlage)
Er beantwortet die Fragen der Stadtverordneten Stolz und Glöckner.

Teil I

entfällt

Teil II

2. Neuaufnahme eines Darlehens i. H. v. 1.500.000 € für den Eigenbetrieb Wirtschaftliche Betriebe

Stvo Reul berichtet aus dem Haupt- und Finanzausschuss.

Die Abstimmung ergibt folgendes Ergebnis:

19 Ja-Stimmen
12 Nein-Stimmen
keine Enthaltungen

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Aufnahme eines Darlehens i. H. von 1.500.000,- € für den Eigenbetrieb Wirtschaftliche Betriebe bei der VR Bank Bad Orb-Gelnhausen zu folgenden Konditionen:

Zinssatz: 4,382 %
Gesamtlaufzeit: 20 Jahre

3. Änderung und Ergänzung der Friedhofsordnung hier: § 7

Stvo Reul berichtet aus dem Haupt- und Finanzausschuss.

Die Abstimmung ergibt folgendes Ergebnis:

- einstimmig -

Beschluss:

Die Friedhofsordnung wird wie folgt geändert:

Friedhofsordnung § 7 (Ordnungsvorschriften)

(4)

Soweit es zur Durchführung der übertragenen Arbeiten erforderlich ist, können Bildhauer, Steinmetze und Gärtner und sonstige Gewerbetreibende die Wege mit geeigneten Fahrzeugen (bis 3,5 to Gesamtgewicht) befahren.

(6)

Die Zulassung erfolgt durch Ausstellung einer Berechtigungskarte, die bei der Ausführung aller Arbeiten auf dem Friedhof mitzuführen und den Aufsichtspersonen auf Verlangen vorzuzeigen ist. Die Berechtigungskarte wird für 5 Jahre ausgestellt.

4. Änderung und Ergänzung der Friedhofsgebührenordnung hier: § 6, Abs. 1 Nr. f, § 12 und § 13 Friedhofsgebührenordnung

Stvo Reul berichtet aus dem Haupt- und Finanzausschuss.

Die Abstimmung ergibt folgendes Ergebnis:

- einstimmig -

Beschluss:

Die Friedhofsgebührenordnung wird wie folgt geändert:

§ 6 Abs. 1 Nr. f

Trägerlohn pro Träger EURO 26,00

§ 12 Gebühren für Grababräumung

c) Urnengräber EURO 150,00

§ 13 Grabmalgenehmigungsgebühr

(2)

Für die Ausstellung der Berechtigungsurkunde für Gewerbetreibende im Sinne des § 7 der Friedhofsordnung wird folgende Gebühr erhoben: EURO 50,00
Die Berechtigungskarte gilt für 5 Kalenderjahre.

**5. Ausschreibung für die Veräußerung von Wohnliegenschaften
Zusammen mit dem TOP 8.1 (Städtische Wohnungen, FDP) und den
Änderungsanträgen der Fraktionen SPD und BG.**

Erster Stadtrat Degenhardt erläutert die Magistratsvorlage. Es folgen Wortmeldungen der Stadtverordneten Desch (erläutert Änderungsantrag), Herms, Rode, Glöckner (erläutert Änderungsantrag) und von Erstem Stadtrat Degenhardt.

Der (weiterführende) Änderungsantrag der SPD-Fraktion wird **angenommen** bei folgender Stimmverteilung:

30	Ja-Stimmen
1	Nein-Stimme
keine	Enthaltung

Beschluss:

Der Magistrat wird beauftragt, die ausschließlich zu Wohnzwecken genutzten Liegenschaften öffentlich auszuschreiben. Die Ausschreibungsvorlage ist in Zusammenarbeit mit dem Haupt- und Finanzausschuss zu erstellen.

Dem Haupt- und Finanzausschuss ist umgehend ein Verzeichnis über die vorgesehenen Verkaufsobjekte vorzulegen.

Die Ausschreibung ist von ihren Kriterien her so zu gestalten, dass sie einen Erwerb sowohl in Gänze, als auch den Erwerb einzelner Objekte ermöglicht.

Bereits mit der Ausschreibung ist darauf hinzuwirken, dass eine „sozialverträgliche Veräußerung“ und „keine Nachteile durch den Eigentümerwechsel für die Mieter“ ermöglicht werden.

Der Schutz der Mieter soll wesentlicher Bestandteil der städtischen Ausschreibung sein. Vor diesem Hintergrund ist im Rahmen der angedachten Veräußerung ein Vertreter des Deutschen Mieterbundes einzubeziehen, der auch an den Gesprächen mit den Mietern teilnehmen soll.

Der Magistrat wird weiterhin beauftragt zu überprüfen, welche Möglichkeiten die Stadt Gelnhausen hat, um Mietern der Wohnungen, die diese erwerben wollen, bei dem Erwerb zu unterstützen. Die Stadtverordnetenversammlung ist hierüber zu unterrichten.

Die Mieter sind im Rahmen von Mieterversammlungen ausführlich über die einzelnen Schritte der Stadt Gelnhausen zu informieren und über aktuelle Entwicklungen auf dem Laufenden zu halten.

Im Anschluss an die Ausschreibung sind deren Ergebnisse der Stadtverordnetenversammlung zur weiteren Beratung und Beschlussfassung vorzulegen.

Teil III

6. Anträge der SPD-Fraktion

1. Beratung der Ergebnisse Jugendbefragung

- zurückgezogen -

2. Neuordnung des Ballungsraumes Rhein-Main

Stvo Stolz begründet den Antrag. Es folgen Wortmeldungen des Stadtverordneten Rode und des Ersten Stadtrat Degenhardt.

Der Antrag der SPD-Fraktion wird **abgelehnt** bei folgender Stimmverteilung:

12	Ja-Stimmen
19	Nein-Stimmen
keine	Enthaltung

7. Anträge der Fraktion Bürger für Gelnhausen

1. Standortanalyse für die Aufstellung von Mobilfunkmasten

Stvo Baumann begründet den Antrag. Es folgen Wortmeldungen der Stadtverordneten Herms, Dr. Lupton, Baumann und des Ersten Stadtrat Degenhardt.

Der Antrag der BG-Fraktion wird **abgelehnt** bei folgender Stimmverteilung:

2	Ja-Stimmen
28	Nein-Stimmen
1	Enthaltung

2. Änderung der Verkehrsführung Kreuzung Hailerer Str. / Clamecystraße / Bahnhofstraße

Stvo Glöckner begründet den Antrag. Es folgen Wortmeldungen des Stvo Herms (stellt einen Änderungsantrag auf Verweisung in den Ausschuss), des Ersten Stadtrat Degenhardt und des Stvo Rode (stellt einen Änderungsantrag auf Verweisung in den Ausschuss).

Die Änderungsanträge der Fraktionen CDU und FDP werden **angenommen** bei folgender Stimmverteilung:

- einstimmig -

Beschluss:

Der Antrag wird in den Ausschuss Wirtschaft, Verkehr und Stadtentwicklung verwiesen.

8. Anträge der FDP-Fraktion

1. Städtische Wohnungen

(siehe TOP 5)

2. Gelände „Panzerplatz“

Stvo Herms begründet den Antrag. Es folgen Wortmeldungen der Stadtverordneten Rode, des Ersten Stadtrat Degenhardt, Desch, Herms und Rode.

Der Antrag der FDP-Fraktion wird **abgelehnt** bei folgender Stimmverteilung:

12	Ja-Stimmen
17	Nein-Stimmen
2	Enthaltungen

9. Antrag der Fraktion Bürger für Gelnhausen Beratungs- und Service-Zentrum für ältere Mitbürger

zurückgezogen

10. Forstwirtschaft in Gelnhausen

Die gemeinsame Erklärung der Fraktionen CDU, SPD, BG, Die Grünen und FDP wird angenommen bei folgender Stimmverteilung:

- einstimmig -

Erklärung:

Die Fraktionen der CDU, der BG, der Bündnis 90 / Die Grünen, der FDP und der SPD in der Stadtverordnetenversammlung der Barbarossastadt Gelnhausen nehmen zustimmend zur Kenntnis, dass der Magistrat beschlossen hat, den Stadtwald weiterhin vom Landesbetrieb Hessen-Forst betreuen und pflegen zu lassen, so dass sichergestellt wird, dass die Prioritätensetzung

1. Ökologie des Stadtwaldes
2. Erholungswert
3. Ertragswert

auch in Zukunft gewährleistet wird.

11. Mitteilungen und Anfragen

- keine -

Ende der Sitzung: ca. 22:00Uhr

Gelnhausen, 13. September 2004

Karl Franz
Stadtverordnetenvorsteher

Dagmar Petersein
Schriftführerin